

München, 23. März 2011

BBB kritisiert unausgewogene Nachbesserungen am Haushalt 2011/2012 BBB-Chef: Berufsbeamtentum ist keine Reservekasse!

„Das darf ja wohl nicht wahr sein! Die Koalitionsparteien ziehen die Spenderhosen an, aber die bayerischen Beamten sollen trotzdem sparen!“, schimpft Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes, im Zusammenhang mit der heute von den Haushaltsexperten der Regierungsfractionen einberufenen Pressekonferenz. Angesichts der unerwarteten Einnahmen aus Steuer und Länderfinanzausgleich haben die Koalitionspartner heute die geplante Aufstockung des Haushalts bekannt gegeben. Für die Beamtinnen und Beamten in Bayern soll es aber – abgesehen von geringfügigen „Schönheitskorrekturen“ – bei den umfassenden Einsparungen bleiben, die im Herbst im Haushaltsentwurf verankert wurden. Damit wird der Weg der konstruktiven Zusammenarbeit der vergangenen Jahre verlassen.

Im Dezember übermittelte die Staatsregierung dem Landtag einen Entwurf, der einen weit überproportionalen Anteil des Sparvolumens bei der Beamtenschaft verortete. „Immerhin ging es damals noch darum, eine – wie sich herausgestellt hat – vermeintliche Finanzlücke zu schließen, die einen ausgeglichenen Haushalt in Gefahr gebracht hätte“, so Habermann. Durch die aktuellen Entwicklungen wurde diesen Maßnahmen gänzlich der Boden entzogen. „Obwohl unerwartete Steuereinnahmen und Rückflüsse aus dem Länderfinanzausgleich offensichtlich sogar eine Aufstockung des Haushalts erlauben, sollen Beamte trotzdem sparen? Wir sind doch keine Reservekasse!“, so der BBB-Chef. Die Beibehaltung der Jubiläumszuwendung sowie die Absicht, die Besoldung der Berufseinsteiger statt für zwei Jahre nur für 18 Monate abzusenken, könnten doch angesichts des Gesamtpakets nur als „Schönheitskorrekturen“ gewertet werden.

Vor allem die eingerechnete Nullrunde sorgt für Ärger. „Will man die Beamten vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung abkoppeln?“, fragt Habermann, „das wäre ein fataler Verstoß gegen die Grundprinzipien des Berufsbeamtentums!“ Das erste Mal in der Geschichte der vergangenen Jahrzehnte würden die Anpassungen in Tarif- und Beamtenbereich derart auseinanderklaffen. Das gefährde nicht nur den Zusammenhalt innerhalb des öffentlichen Dienstes. „Das ist wie eine Watsch'n für die Beschäftigten, die durch ihr 'besonderes gegenseitiges Treueverhältnis' mit dem Staat verbunden sind“, meint der Vorsitzende.

Auch die anderen im Haushaltsentwurf enthaltenen Sparvorhaben, wie die Anhebung der Wiederbesetzungssperre, die Aussetzung der Leistungselemente und die gekürzte Wegstreckenentschädigung drücken alles andere als Wertschätzung gegenüber den Betroffenen aus. Das gälte selbstverständlich auch für die achtzehnmonatige Absenkung der Eingangsbesoldung. „Hier wird Leistung erschwert und nicht gefördert! Das schwächt das gerade neu eingeführte besonders leistungsbezogene neue bayerische Dienstrecht“, kritisiert Habermann. „Manche Teile würden einer verfassungsrechtlichen Prüfung wohl nicht standhalten“.

Habermann bedauert, dass mit den aktuellen Entscheidungen die konstruktive Zusammenarbeit, die bei der Erarbeitung des Neuen Dienstrechts in Bayern geherrscht habe, nun aufgegeben werde: „Wir haben in vergangenen Jahren zahlreiche positive Entscheidungen im gemeinsamen Miteinander getroffen. Dieser Weg wird ohne Not verlassen. Dies ruft bei den Kolleginnen und Kollegen tiefste Verärgerung hervor“.